

Elbe-Jeetzels-Zeitung

Niedersächsisches Tageblatt | Amtliches Kreisblatt | Zeitung für das Wendland | Jeetzels-Zeitung Dannenberg | Allgemeiner Anzeiger

Heute mit
prisma
TV-Magazin

Der gute Grund!
„Nach einem trefflichen Essen ist man geneigt allem zu verzeihen, sogar den eigenen Verwandten.“
- Oscar Wilde -

30 JAHRE
Doppel
Jubiläum

Wir wünschen Frohe Ostern!

Restaurant Nigel
Breite Str. 9 - 29468 Bergen - Tel. 05845/9600
www.nigel.de

Wolfsangriff unwahrscheinlich

Für die meisten Angriffe auf Menschen sind tollwütige Tiere verantwortlich



NEU DARCHAUER BRÜCKENPLÄNE

Unverbindlich aufgenommen

Der Landkreis Lüneburg hat, anders als von den Brückenbefürwortern behauptet, keinen Rechtsanspruch auf Fördergelder für den Bau einer Elbbrücke. Das hat jetzt die Landesregierung klargestellt. Und: Der zuständige Minister hat sich ebenfalls klar gegen das Projekt positioniert.

» Seite 2

Ihre EJZ
heute

Recht und Geld liegen nicht selten ganz dicht beieinander – vor allem, wenn es um größere Summen geht. Zwei Aufmacher im heutigen Lokalteil bestätigen das. Da ist zum einen die rechtliche Klarstellung aus dem niedersächsischen Verkehrsministerium, dass es keinen Rechtsanspruch auf eine finanzielle Förderung für eine Brücke in Neu Darchau gebe (siehe Artikel rechts). Zusammen mit dem politischen Bekenntnis der rot-grünen Landesregierung, ein Fährkonzzept gegenüber einem Brückenbau zu favorisieren, hat das natürlich eine enorme Sprengkraft für das Projekt. Denn dann müsste der planende Landkreis Lüneburg wohl rund 66 Millionen Euro der zurzeit gehandelten 91 Millionen Euro an Baukosten irgendwo anders hervorkramen. Die Brückenbefürworter müssen wohl offenbar mindestens bis 2027 zur nächsten Landtagswahl warten und auf eine andere Regierung hoffen, um an das Geld zu kommen. Ob ein geschasster Banker der VR Plus Altmark-Wendland in einem Arbeitsgerichtsprozess erhofftes Geld bekommt, ist ebenfalls noch offen, wie Sie auf Seite 5 lesen können. Der ehemalige Generalbevollmächtigte klagt auf Wiedereinstellung. Dabei ging es unter anderem um die Frage, ob der gekündigte Mitarbeiter gesetzlich als leitender Angestellter anzusehen sei. Eine Frage, die sich bei einem durchschnittlichen monatlichen Verdienst von etwa 14000 Euro auch nur Juristen stellen müssen. Der Volksmund hätte bei diesem Einkommen eine klare Antwort parat, ahnt

Ihr Jens Feuerriegel
Sie haben Fragen, Anregungen oder wollen Kritik loswerden? Sie erreichen die EJZ-Redaktion werktags zwischen 8.30 und 18 Uhr unter der Telefonnummer (05841)127160.

Wird die Brücke über die Elbe bei Neu Darchau gebaut oder nicht? Sie wird, glauben die Brückenbefürworter weiterhin – doch der zuständige Minister und die Landesregierung sind dagegen

VON ROUVEN GROSS

Neu Darchau. Im Lüchow-Dannenberg Nordwesten und im Lüneburger Südosten ist sie ein Politikum und ein Zankapfel: die geplante Elbbrücke bei Neu Darchau. Auch in den beiden Kreistagen Lüchow-Dannenburgs und Lüneburgs ist sie immer wieder Thema und wird kontrovers diskutiert, und zuletzt schaffte sie es sogar in den Koalitionsvertrag der neuen rot-grünen niedersächsischen Landesregierung – dahingehend, dass die neue Landesregierung sich gegen einen Brückenbau ausspricht und auch auf Nachfrage betont: Mit ihr wird es keine Brücke geben. Doch das sorgte bei den Brückenbefürwortern, die sich in der Region in einem eigenen Verein organisiert haben, nur kurzzeitig für Irritationen und Zweifel. Mittlerweile sind sie wieder auf Kurs und versuchen mit großem Aufwand die Menschen dort an der Elbe davon zu überzeugen, dass die Brücke allen Unkenrufen zum Trotz gebaut werden wird.

Doch ist das wirklich realistisch? Fraglich, denn nach der Staatskanzlei und der Landesregierung hat jetzt auch der zuständige Minister Olaf Lies (SPD) dem Projekt eine Absage erteilt. Und: Anders als von den Brückenbefürwortern angenommen, gibt es laut Landesregierung auch keinen Rechtsanspruch auf eine finanzielle Förderung des Brückenbaus. Das könnte entscheidend sein, denn ohne Geld aus Hannover wird es ganz sicher keine Brücke geben.

Kein Anspruch auf Fördergeld



„Nein zur Brücke“ sagen in der Gemeinde Neu Darchau eine ganze Reihe von Anwohnerinnen und Anwohnern. Die Chancen darauf, dass sie tatsächlich gebaut wird, sind durch den Regierungswechsel in Hannover schlechter geworden.

Aufn.: R. Groß

„Minister Olaf Lies sieht dies ebenso“

„Bei dem Brückenkonzept handelt es sich um ein kommunales Projekt der Landkreise Lüneburg und Lüchow-Dannenberg. Es liegt somit in der kommunalen Zuständigkeit, wann, wie und ob ein Brückenbauwerk realisiert werden soll“, heißt es auf EJZ-Nachfrage aus dem Wirtschafts- und Verkehrsministerium in Hannover, ob Minister Lies das Brückenbau-Projekt unterstützt oder nicht. Aber „im Koalitionsvertrag wurde sich darüber verständigt, dass die die Regierung tragenden Parteien ein zukunftsorientiertes Fährkonzzept Bleckede-Neu Darchau anstelle des Brückenbaus favorisieren“, und „Minister Olaf Lies sieht dies ebenso“, teilt ein Sprecher des Ministeriums mit.

Inwieweit diese ablehnende Haltung des Ministers Einfluss auf die auf Fördermittel des Landes aufgetauchte Finanzierung der aktuell vom federführenden Landkreis Lüneburg auf 91 Millionen Euro geschätzten Baukosten hat, beantwortet das Ministerium nicht. Dazu heißt es aus Hannover lediglich: „Für dieses kommunale Vorhaben hat das Land in der Vergangenheit die Aufnahme in das Mehrjahres-

programm des niedersächsischen Gemeinde-Verkehrs-Finanzierungs-Gesetzes (NGVFG) beschlossen. Die Förderquote würde 75 Prozent der zuwendungsfähigen Kosten betragen. Da die Planung des federführenden Landkreises Lüneburg noch nicht abgeschlossen ist und die Gesamtkosten somit derzeit nicht verlässlich kalkuliert vorliegen, kann zum heutigen Zeitpunkt auch keine konkrete Aussage zu einer möglichen Förderhöhe gemacht werden.“

Ende des Vorjahres hatte die Sprecherin der Landesregierung einer Brückenfinanzierung aus eben jenem Topf allerdings bereits eine Absage erteilt: „Leider würde der Bau einer Brücke bei Neu Darchau finanziell in extremer Weise zulasten anderer Straßenbauprojekte in Nordniedersachsen gehen. Deshalb ist vor dem Hintergrund der sonstigen krisenbedingt hohen Belastungen des niedersächsischen Haushaltes eine Brückenlösung bedauerlicherweise nicht finanzierbar“, teilte man damals ebenfalls auf EJZ-Nachfrage mit. Und: Das Land will das Geld aus dem entsprechenden Fördertopf künftig vor allem in den ÖPNV-Ausbau stecken, stellte das Verkehrsministerium unlängst heraus.

„Unverbindliche Übersicht“

Das sei allerdings irrelevant, behaupten die Brückenbefürworter. Mit der Aufnahme des Brückenprojekts in das Niedersächsische NGVFG-Mehrjahresprogramm sehen sie einen Rechtsanspruch auf eine Förderung seitens des Landes verbunden, sollte eine rechtssichere Planung inklusive aller nötigen Genehmigungen für die Brücke vorgelegt werden. Genau einen solchen Rechtsanspruch verneint die niedersächsische Landesregierung jedoch ausdrücklich: „Mit der Aufnahme in ein Mehrjahresprogramm (MJP) ist kein Rechtsanspruch auf eine Förderung verbunden“, heißt es in der Antwort der Landesregierung auf eine Anfrage des Grünen-Landtagsabgeordneten Detlev Schulz-Hendel aus dem April 2021 in einer anderen Angelegenheit. Das Mehrjahresprogramm, betont die Landesregierung, sei eine „unverbindliche Übersicht über kommunale Vorhaben der nächsten fünf Jahre“. Abgelehnt werde die Aufnahme in das Mehrjahresprogramm nur, wenn das beantragte Projekt von vornherein nicht den gesetzlichen Anforderungen entspreche. Und diesen Standpunkt vertritt auch Minister Lies.